

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto: Gebr. Arnold, Dresden und Schif. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meckeln und Dresden-Altsadt

Zeugungspreis einschließlich Bringerlohn in der 2. Woche vom 5. bis 11. Januar 80 Goldpfennige, unter Arealband für Deutschland die Nummer 20 Goldpfennige, Einzelnummer 15 Goldpfennige.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 28 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 10 mm breite Reflamzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 7

Dresden, Mittwoch den 9. Januar 1924

35. Jahrg.

## Die Einheit über alles!

Eine Mahnung aus Oesterreich

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die Wiener Arbeiter-Zeitung in einem Artikel mit dem Parteikonflikt in Sachsen. Nachdem sie die Beweggründe der fünfundsamzig dargelegt hat, schreibt unser Wiener Bruderblatt:

Das sind nun gewiß gewichtige Argumente. Aber gegen alle diese Argumente streitet eines: daß die überwiegende Mehrheit der sächsischen Arbeiterschaft die Koalition nicht will. Nun denke man über die Koalition sonst, wie immer man will; gegen den Willen der Arbeitermassen kann und darf keine sozialdemokratische Partei an einer Koalitionsregierung teilnehmen. Sozialdemokraten können nur als Vertreter der Arbeiterschaft in der Regierung sitzen; was sind sie in der Regierung noch, welche Macht können sie in der Regierung noch darstellen und ausüben, wenn die Arbeiterschaft nicht hinter ihnen steht? Der Wille der sächsischen Arbeiterschaft aber hat ganz unabweisbar den Ausdruck gefunden: mit 77 gegen 16 Stimmen hat der Landesparteitag die Koalitionspolitik abgelehnt. Nach solchem Beschluß kann es, darf es für Sozialdemokraten, was immer ihre persönliche Ansicht über die Koalitionspolitik ist, nur noch eines geben: die Koalition aufzulösen, aus der Regierung auszutreten! Die Mehrheit der Landtagsfraktion aber hat diesen Schritt nicht gezogen: die sozialdemokratischen Minister erklären, daß sie trotz dem Parteitagsschluß in der Regierung bleiben. Dieser offene Bruch der Parteidisziplin droht zur Spaltung der sächsischen Partei zu führen: wenn die Mehrheit der Landtagsfraktion die Spaltung nicht wollte, wäre ja solche Auflehnung gegen einen Parteibeschluß schlechthin unverständlich, schlechthin unmöglich. Was aber eine Parteispaltung in Sachsen im übrigen Reiche, wo ja überall dieselben Verhältnisse in der Partei bestehen, herbeiführen kann, ist nicht abzusehen.

Eindringlich lehrt es die ganze Geschichte der deutschen Revolution: die Einheit des Proletariats über alles! Ob Koalitionsregierung oder nicht, es ist gewiß eine wichtige Frage; ob die Einheit und Einigkeit der proletarischen Kräfte erhalten wird, es ist eine ungleich wichtigere. Eine Wahlniederlage bei einer sächsischen Landtagswahl mag ein Unglück sein; eine Parteispaltung ist ein ungleich schlimmeres Unglück. Kein Streit um eine noch so wichtige taktische Frage kann eine Parteispaltung rechtfertigen; die schlechteste Taktik, von einem einzigen Proletariat angewendet, ist immer noch besser als eine Parteispaltung. Darum muß es die oberste Regel bleiben: lieber eine zeitweilig falsche Taktik, wenn sie nur das Proletariat einig erhält, als um einer besseren Taktik willen das Proletariat zu spalten! Das dürfen gerade wir unsern reichsdeutschen Freunden sagen: wenn die deutschösterreichische Partei heute ungleich gefestigter und stärker ist als die reichsdeutsche Sozialdemokratie, die immer unser Vorbild, unsere Lehrmeisterin war, so verdanken wir dies dem Vermächtnis Viktor Adlers, dem Vermächtnis der Einheit über alles.

die wir uns durch nichts, selbst nicht durch die leidenschaftlichsten Streitigkeiten der Kriegszeit, haben entziehen lassen. Darum ist es unser heißester Wunsch, daß sich die deutsche Arbeiterklasse in dieser Stunde schwerster Gefahr das teile, was allein sie aus den Nöten und Wirren und Niederlagen des Tages wieder emporeführen kann: die Einheit der Organisation, die Einheit in Willen und Tat, die Einheit über alles!

Die Mahnung der Wiener Arbeiter-Zeitung sollte auf allen Seiten beherzigt werden. Unser Wiener Bruderblatt hat für die Zwangsumstände, die Koalitionsregierungen notwendig machen können, immer das nötige Verständnis bewiesen; sie steht auf dem Standpunkt, daß es sich dabei um taktische Fragen handelt, die von Fall zu Fall zu entscheiden sind. Sie würde auch ein Zusammengehen zwischen Sozialdemokratie und Bürgerlichen in Sachsen zu würdigen wissen, nachdem die Kommunisten verantwortungslos genug gewesen sind, eine sozialdemokratische Regierung zu stürzen. Wenn trotzdem auch die Wiener Arbeiter-Zeitung sich unbedingt für die Gültigkeit von Mehrheitsbeschlüssen erklärt, so sollte das den Genossen, die es angeht, eine eindringliche Warnung sein. Wir nehmen selbstverständlich nicht an, daß unter den fünfundsamzig, es auch nur einen gibt, der die Partei spalten möchte, aber wir hoffen, daß ihnen angesichts der Situation klar werden wird, um was es geht, wenn Mehrheitsbeschlüsse mit Füßen getreten werden.

## Militärische Annahme

Der Reichstag gegen die Versammlungsverbote

Aus dem Reichstage wird uns berichtet: Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschäftigt sich mit der Beschwerde des Genossen Seimann wegen des Verbots öffentlicher Versammlungen im unbesetzten Gebiete seines Wahlkreises. Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Beschwerde für berechtigt zu erklären. Weil sich ein Militärkommandeur überdies angemacht hatte, alle Versammlungen „grundsätzlich“ zu verbieten, beschloß der Ausschuß auf Antrag des Genossen Dittmann weiter:

„Der Ausschuß gibt einmütig seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September 1923 keine Rechtsgrundlage für ein grundsätzliches Verbot von Versammlungen gibt. Verbote sind nur zulässig, wenn im einzelnen Falle besonderer Anlaß dazu gegeben ist.“

In Stuttgart hat man den kommunistischen Abgeordneten Warz verhaftet. Falls er noch nicht enthaftet sein sollte, wird der Ausschuß morgen dazu Stellung nehmen.

## Die Mittelschule

das Hauptstück der Einheitschule

Von Oberregierungsrat Dr. A. Wünsche

Zunächst ein paar Worte über den Aufsatz „Das Schulproblem“ in Nr. 299 der Dresdner Volkszeitung. Er ist nicht dazu angetan, die Diskussion über die Einheitschule vorwärts zu bringen. Schon der politische Standpunkt, von dem er ausgeht, ist nicht diskutabel. Denn der Verfasser verlangt eine Schulreform, die so beschaffen sein soll, daß auch eine andere Landtagsmehrheit sie ohne weiteres aufheben könnte, so daß eine Reaktion unmöglich gemacht werde. Wenn das zur Maxime der Gesetzgebung erhoben werden sollte, dann dürfte eine Landtagsmehrheit überhaupt nur noch die Politik ihrer Gegner, nicht mehr ihre eigene Politik machen. Kommt in Sachsen einmal eine bürgerliche Mehrheit zur Herrschaft, dann werden selbstverständlich zahlreiche seit 1918 geschaffene Gesetze mit einem Federstrich beseitigt werden, wie schon angeündigt worden ist. Das darf aber eine Landtagsmehrheit nicht abhalten, ihre eigenen Ideen zu verwirklichen, solange sie dies nur immer kann.

Die sachlichen Ausführungen des Aufsatzes bleiben zum Teil unklar, z. B. in der Anwendung der Begriffe subjektive und objektive Erziehung auf die verschiedenen Schulstufen; zum Teil sind sie widersprüchlich, so z. B., wenn an einer Stelle für die in der Mittelschule zu bildenden zwei Klassenstufen eine ganz verschiedene Behandlung des Lehrstoffes und an einer andern Stelle eine vollkommene Angleichung in der Methode der Erarbeitung verlangt wird. Sonderbar mußt auch die Ansicht an, daß die Mittelschule deshalb zwei Klassenstufen haben müsse, damit in dem einen Zuge die Schüler schon zur Präzision des Denkens angeleitet werden können. Ueber die Einrichtung von zwei Klassenstufen, wie solche z. B. in der Wiener allgemeinen Mittelschule bestehen, wird sich noch reden lassen; aber es fördert die Sache nicht, wenn man die Mittelschule oder eine ungeteilte Mittelschule kurzerhand als Institute hinstellt, in denen zum präzisen Denken überhaupt nicht angeleitet wird oder werden kann. Wenn es in dem Aufsatz weiter heißt, der Wissensstoff sei bei der Schularbeit unentbehrlich, da er die Substanz bilde, an welcher gearbeitet werden muß, so ist dies eine alte Selbstverständlichkeit, deren Betonung den Vertretern des Arbeitunterrichts gegenüber überflüssig ist. Nun zum Thema selbst.

Das wirksamste Mittel, in einem demokratischen Staate das Volk zu demokratischer und sozialer Gesinnung zu erziehen, sind die Schulen. Dieses Mittel hat sich unser Staat seit 1918 viel zu wenig bedient. Unser gegenwärtiges Schulsystem arbeitet einer solchen Erziehung direkt entgegen, indem es einer kleiner Anzahl von Kindern erlaubt, schon mit zehn Jahren in höhere Schulen überzutreten und sich so von der Masse der übrigen Kinder vollständig und für immer abzusondern. Die unteren Schichten des Volkes haben das stärkste Interesse daran, diesem Zustande so rasch als möglich ein Ende zu machen. Denn die undemokratische und unsoziale Gesinnung, die in den oberen Kreisen so oft zu finden ist, ist mit einer Frucht unfres Schulsystems. Die Kinder reicher Leute und hoher Beamten sitzen fast alle in den höheren Schulen; die Kinder der Arbeiterschaft dagegen, unserer stärksten Bevölkerungsschicht, sind nur in einer geradezu erschreckend niedrigen Zahl vertreten. So bleibt der Arbeiterbevölkerung bis auf einen verhältnismäßig kleinen Teil der Zugang zu den höheren Schulen versperrt. Am schärfsten wirkt sich diese Absperrung bei der ländlichen Bevölkerung aus, die weitab von den Schulstädten wohnt. Ein Schulsystem, das so unsozial wirkt und breite Volksschichten vom Erwerb einer höheren Bildung fast völlig ausschließt, muß gründlich umgestaltet werden. Das neue Schulsystem muß eine bessere soziale Wirkung ausüben; und es muß alle diejenigen Schulleistungen beseitigen, die die Teilnahme an höheren Unterriechen den Kindern weiter Volksschichten ganz besonders erschweren.

Was die soziale Wirkung betrifft, so können die scharfen Klassenunterschiede in unrer Gesellschaft selbstverständlich durch keine Schule ausgeglichen werden; sie sind wirtschaftlicher Natur, und es ist ihnen auch nur durch wirtschaftliche Maßnahmen beizukommen. Aber dazu ist die Schule wohl imstande, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes zu erzeugen und der völligen Verständnislosigkeit entgegenzuwirken, mit der gut situierte Leute so häufig über alles urteilen, was arm und gering ist. Ein nur vierjähriges Zusammensein in der Grundschule genügt nicht. Deshalb ist auf die Grundschule noch eine weitere gemeinschaftliche Schulstufe aufzusetzen, die sich mindestens bis zum Ende der Volksschulpflicht, also wieder auf vier Jahre, erstrecken muß. Vor diesem Termin darf eine endgültige Trennung unrer Jugend nicht eintreten. Eine Generation, die acht Jahre lang in eine Schule gegangen ist, wird sich zweifellos mit andern Augen gegenseitig ansehen, als ein Geschlecht, dessen Schulgemeinschaft schon nach vier Jahren wieder auseinandergerissen worden ist.

Drängt so die soziale Forderung zu einem möglichst langen Zusammenlassen aller Kinder, so erhebt sich andererseits die Frage, ob nicht die Verschiedenheit der Anlagen und Begabungen, die sich noch dazu bei den Schülern gleichen Alters nicht gleichzeitig bemerkbar machen, zu einer früheren Differenzierung nötigt. Dazu ist zunächst zu sagen, daß es eine pädagogische Verirrung schlimmster Art ist, über Kinder



Schieber  
und  
Wucherer!

Die  
wählen natürlich  
bürgerlich!

Das arbeitende Volk wählt sozialdemokratisch!

7. 1.  
+ 70  
+ 12  
Ruh  
+ 28  
+ 109

le  
frei  
Uhr  
10/17